

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington



News aus Washington Oktober 2004

**US-Arbeitsmarktdaten verhaltener als erwartet –
Bilanz bleibt dennoch eindrucksvoll**

Franz-Josef Reuter

**Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Bush und Kerry auch nach der letzten
Fernsehdebatte – Beide Lager sehen sich am 2. November als Sieger**

Franz-Josef Reuter

**Die Minderheiten in Amerika entdecken ihr Wählerpotential neu – African
Americans und ihr Verhältnis zur Demokratischen Partei – die Native
Americans und ihr aufkommendes Wählerbewußtsein**

Franz-Josef Reuter / Matthias Sachs

„Kongreßwahlen 2004“:

Republikaner dürften ihre knappe Mehrheit verteidigen koennen

Franz-Josef Reuter / Christian Schäfer

**Weibliche Wähler spielen Schlüsselrolle bei der Wahl:
„Security moms“ bereiten den Demokraten Sorgen**

Franz-Josef Reuter / Christian Schäfer

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington
2005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

Tel. 202-986-9460
Fax. 202-986-9458
info@kasusa.org
<http://www.kasusa.org>
<http://www.kas.de>

US-Arbeitsmarktdaten verhaltener als erwartet Bilanz bleibt dennoch eindrucksvoll

von Franz-Josef Reuter

Wer international auf weiterhin belebende Daten auf dem US-Arbeitsmarkt gehofft hatte, sieht sich zur Zeit etwas enttäuscht. Die Zahl der neugeschaffenen Jobs stieg –wie in den vergangenen dreizehn Monaten zuvor- zwar an, jedoch weniger intensiv, als allgemein erwartet worden war. Die Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft erhöhte sich im Monat September um 96.000. Analysten hatten mit einem größeren Plus von nahezu 150.000 gerechnet. Überdies revidierte das amerikanische Arbeitsministerium den Beschäftigungszuwachs für den Vormonat August von ursprünglich 144.000 auf nunmehr 128.000 neue Stellen nach unten. Ausschlaggebend für diesen Dämpfer seien die jüngsten Naturkatastrophen im Südosten der USA, wird dazu von US-Regierungsseite erklärt. Auch der hohe Ölpreis, der seit dem 1. Januar um etwa 60% gestiegen ist, macht der US-Konjunktur zu schaffen. Auch wenn der Benzinpreis in den USA, im Vergleich zu Deutschland, nach wie vor niedrig ist, hat er sich in den letzten 12 Monaten verdoppelt. Das hat nicht zuletzt damit zu tun, daß seit 1974 keine einzige Benzinraffinerie mehr gebaut wurde. Mittlerweile importieren die USA 50 Prozent ihres Autobenzins aus dem Ausland. Dennoch, Fakt ist, daß die Anzahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze über den Zeitraum der vergangenen dreizehn Monate –im internationalen Vergleich betrachtet- beachtlich ist: 1,9 Millionen neue Jobs konnten in den USA geschaffen werden. Nach dem Desaster des 11. Septembers und der nachfolgenden Rezession sowie den Finanzskandalen an der Börse, meldet sich die US-Wirtschaft seit mehr als einem Jahr mit stabilem Aufschwung und Elan zurück.

Das verhaltene Beschäftigungswachstum in den USA seit Juni dürfte nach Einschätzung von Volkswirten zwar zu einem insgesamt etwas verlangsamten Wirtschaftswachstum in den USA führen und damit die Erholung der Weltwirtschaft beeinflussen. Vom Markt teilweise erwartete Wachstumsraten von bis zu vier Prozent in diesem Jahr sind von daher unter diesen Umständen etwas schwerer zu realisieren. Die neuen Daten aus Amerika signalisieren eine Abschwächung des Wirtschaftswachstums, jedoch keine Trendwende nach unten. Die US-Notenbank dürfte das Tempo ihrer Leitzinserhöhungen verlangsamen. Analysten erwarten im Verlaufe des Jahres lediglich eine Zinserhöhung um 0,25 Prozentpunkte. Der amerikanische Notenbankchef Alan Greenspan reagiert indes gelassen auf die jüngsten Konjunkturdaten und bringt die zukünftige Geldpolitik auf den Punkt: Eine Volkswirtschaft, die mit mehr als 3 Prozent im Jahr wachse, benötige keinen expansiven Leitzinssatz.

Der verhältnismäßig geringe Stellenzuwachs im September ist insbesondere darauf zurückzuführen, daß in der privaten Wirtschaft lediglich 59.000 neue Jobs geschaffen werden konnten. Der Rest der insgesamt 96.000 neuen Stellen geht auf das Konto des öffentlichen Dienstes.

US-Finanzminister John Snow zeigte sich, entgegen zunehmendem Pessimismus', weiter ermutigt. Die US-Regierung werde sich –nach seinen Worten- durch eine gezielte Steuerpolitik weiterhin für Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen einsetzen. Die Arbeitsmarktdaten seien durch die verherrenden Hurrikans etwas nach unten verzerrt worden. Hingegen würden –so Snow- im dritten Quartal alle Indikatoren ein einheitliches Bild liefern. Sowohl die Konsumenten- als auch die Produzentenstimmung habe sich im Sommer verbessert und alles zusammen spreche für eine Fortführung des Aufschwungs, jedoch mit etwas geringerer Dynamik. Die Produktionsausfälle im September dürften, nach den Worten des Finanzministers, später nachgeholt werden. Auch der Wiederaufbau im Südosten der USA und die beruhigende Inflationsentwicklung dürfte die Wirtschaft in nächster Zeit stimulieren. Snow hält daher eine Belebung des Wachstums bis zum Jahresende für weiter wahrscheinlich, deren Stärke jedoch von der weiteren Tendenz des Ölpreises abhängen.

Richtig ist, daß der Trend der rückläufigen Inflationsraten auch im Monat August und September nicht gebrochen worden ist (Verbraucherpreis-inflation 2,7% p.a. nach 3%; Kerninflationsrate 1,7% nach 1,8%). Für den Winter könnten jedoch, aufgrund der drastisch angestiegenen Ölpreise, zumindest temporär höhere Inflationsraten bevorstehen. Dieses ändert allerdings Nichts am mittelfristig nach wie vor günstigen Inflationsausblick. Die moderate Lohnentwicklung trägt dazu sicherlich entscheidend bei. Der durchschnittliche Stundenlohn beträgt zur Zeit 15,78 Dollar.

Die Arbeitslosenquote veränderte sich im September nicht und verharrt wie im Vormonat bei 5,4%.

Wall Street auf unverändert hohem Niveau

Die Wall Street reagiert auf die jüngsten Arbeitsmarktdaten und die hohen Rohölpreise relativ gelassen. Nach wie vor ist die Dow Jones Marke über den entscheidenden 10.000 Zählern angesiedelt und die Börsianer sehen allein aus diesem Grunde keinen Anlaß zur Panikmache. „Der Markt realisiert nach wie vor, daß es eine Menge Geld zu investieren gilt,“ sagen die Strategen der Investmenthäuser übereinstimmend. Börsengänge boomen wieder. Unlängst wagten die Motorola-Chiptochter Freescale, Domino's Pizza und das Investmentunternehmen Blackridge den Sprung auf das Börsenparkett. Im Gepäck hatten sie allein Aktien im Wert von 3,43 Mrd. Dollar. Und das ist sicherlich noch nicht das Ende der Fahnenstange, prognostizieren Investoren. Im ersten Halbjahr lag das Emmissionvolumen der 98 US-Börsenneulinge bei 16,8

Mrd. Dollar. Bis Jahresende dürften es 34 Mrd. Dollar werden. Bei der amerikanischen Börsenaufsichtsbehörde SEC wurden Aktien im Wert von 47 Mrd. Dollar registriert, so viel wie seit vier Jahren nicht mehr. Insgesamt wird demnach ein gutes zweites Halbjahr erwartet.

Nach dem Jahr 2000, als in den USA neue Aktien im Wert von 60,6 Mrd. Dollar platziert werden konnten, fiel das Neuemissionsvolumen auf 23,18 Mrd. Dollar im vorletzten und 13,96 Mrd. Dollar im letzten Jahr ab. Dieses war die schlechteste Bilanz seit 1990. Mit dem Wirtschaftswachstum kommt nun auch die Börse wieder in Fahrt. In den zwölf Monaten bis März ist das amerikanische Bruttoinlandsprodukt immerhin um 4,8 Prozent gestiegen – so hoch war die Wachstumsrate seit Juni 2000 nicht mehr. Allein seit Jahresanfang wagten 98 US-Unternehmen den Sprung an die Börse, im gesamten letzten Jahr waren es 82.

Wirtschaftsentwicklung wahlentscheidend

Präsident George W. Bush weiß nur allzu genau, wie bedeutend positive Daten aus Wirtschafts- und Arbeitsmarkt für die angestrebte Wiederwahl am 2. November sind. Zwei Drittel der amerikanischen Wählerschaft sehen –trotz latenter Irak-Krise- in der Wirtschaftsentwicklung des Landes die entscheidende Motivation für ein Pro- oder Contra-Bush auf den Wahlzetteln. Auch hier zählt das Motto: Wahlen werden an der Heimatfront entschieden: ob die Wirtschaft brummt, ob die Leute Arbeit finden, kurz, ob die Briefftasche dünner oder dicker ist. Allen Unkenrufen zum Trotz wird damit einmal mehr deutlich, daß die politische Wahlauseinandersetzung über Erfolg und Mißerfolg eng mit der Verfaßtheit des Portmonnaies des einzelnen Bürgers zusammenhängt – auch in Amerika bzw. insbesondere in Amerika. Gelingt es Präsident Bush, die Botschaft des zweifelsohne vorhandenen Daueraufschwungs der amerikanischen Wirtschaft glaubhaft an den Wähler zu überbringen, ist –nach Meinung vieler politischer Analysten- dessen Wiederwahl gesichert.

* * *

Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Bush und Kerry auch nach der letzten Fernsehdebatte – Beide Lager sehen sich am 2. November als Sieger

von Franz-Josef Reuter

Auch die dritte und letzte Fernsehdebatte am Abend des 13. Oktobers, verfolgt von einem Millionen-Publikum in den USA, brachte weder den Durchbruch für den einen, noch den anderen Kandidaten. Die jüngsten Umfragen zeigen kein einheitliches Bild. Während einige Institute Amtsinhaber Bush vorne sehen, rechnen andere mit einem Sieg des Herausforderers Kerry. Der demokratische Präsidentschaftskandidat und Senator aus Massachusetts John Kerry erschien nach dem Parteitag der Republikaner Anfang/Mitte September bereits auf verlorenem Posten, als Präsident George W. Bush viele Umfragen wieder eindrucksvoll anführen konnte. Die mit großem Medienspektakel einhergehenden Fernsehdebatten, von denen Kerry zumindest die erste klar für sich entscheiden konnte, brachten den Demokraten wieder zurück ins Rennen und lassen den Wahlausgang am 2. November 2004 zu einer Art Hitchcock-Thriller, mit Open-End, avancieren. Das Rennen um die Präsidentschaft bleibt nach den drei Fernsehdebatten weiter offen.

Wie wahlentscheidend indes diese TV-Debatten sind, ist äußerst umstritten. Viele Analysten gehen davon aus, daß die starke Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft nur wenig Spielraum für großen Meinungsumschwung zuläßt. „Kann eine Fernsehdebatte die Wahl wirklich entscheiden?“, titelte unlängst die Washington Post mit einem Fragezeichen und wartete zumindest mit zwei historischen Beispielen auf: Beim ersten TV-Duell 1960 zwischen John F. Kennedy und Richard Nixon und noch einmal 1976 zwischen Gerald Ford und Jimmy Carter. Die Fehler, die Nixon bzw. Ford bei den beiden Debatten begingen, haben seinerzeit die Wahlentscheidung der Bürger entscheidend beeinflußt. Indes, im Jahre 1960 war man mit dem Medium Fernsehen noch sehr unerfahren. Zuvor gab es nur Radiodebatten oder Zeitungsberichte über die Diskussionen der Kandidaten. Über den zusätzlichen Imagefaktor des Fernsehbildes wußten die Wahlkampfteams nur sehr wenig – das kam letztendlich Kennedy zugute, der völlig entspannt und humorvoll erschien. Nixon hingegen konnte man die Strapazen des langen Wahlkampfes ansehen, er wirkte angespannt und erschöpft – und er war zudem nicht gut rasiert. Das Ergebnis: Das Publikum, das die Debatte im Fernsehen verfolgt hatte, habe Kennedy zum Sieger erklärt, während die Radiohörer Nixon als Gewinner sahen.

Der ehemalige Clinton-Wahlkampfmanager Dick Morris hat einmal gesagt, daß nicht die Debatten selbst wichtig seien, entscheidender sei die Berichterstattung im Anschluß daran. Da den Debatten eine Art sportlicher Wettkampf-Charakter zu eigen ist, zählt in der Tat, wie die Medien bewerten, wer die Oberhand hatte.

Die Medienrezeption ist wiederum ausschlaggebend für die Bewertung in der Bevölkerung. Insofern sind die TV-Duelle auch ein wichtiger Gradmesser: Können die Kandidaten ihre Rolle durchhalten? Haben sie die Fähigkeit zur Selbstdarstellung? Können Sie in konfrontativen Situation bestehen und sich durchsetzen? Es reicht nicht nur, die besten Argumente zu haben, man muß sie auch kommunizieren und der gesamten Nation vermitteln können.

Die erste Fernsehdiskussion am letzten Septembertag, die sich hauptsächlich um den Irak-Krieg und den Antiterrorkampf drehte, hatte Kerry deutlich für sich entscheiden und damit den zuvor in vielen Meinungsumfragen führenden Bush einholen können. Die zweite Debatte am 8. Oktober mit innen- und außenpolitischen Themen endete nach allgemeiner Einschätzung mit einem Unentschieden. Umso größer war die Spannung vor der dritten Debatte am 13. Oktober, in der sich die Kandidaten, wie in der ersten Diskussion, den Fragen eines einzelnen TV-Moderatoren stellen mußten. Beide Lager sehen sich nach den Debatten als Sieger. „3:0 für Kerry“, gab sich dessen Wahlkampfstrategie Tad Devine siegessicher. Die Kommunikationschefin des Präsidenten sah hingegen einen „entscheidenden Sieg“ des Präsidenten „in Stil, Substanz und Humor“.

„Links-Liberal contra Haushaltsdefizit“

Grundlegende Neuigkeiten präsentierten beide Kontrahenten indes nicht mehr: Bush porträtierte seinen Gegner, wie bereits in vielen Wahlkampfreden zuvor, als einen extrem „links-liberalen“ Politiker, der der Regierung weitgehende Eingriffe in das Leben der Bürger gestatten wolle und in seiner Karriere als Senator einen widersprüchlichen Kurs in zahlreichen sozialpolitischen Fragen verfolgt habe. So hielt der amtierende Präsident seinem Herausforderer vor, daß dieser im Senat 98 Mal für Steuererhöhungen gestimmt habe. Der Senator seinerseits warf dem Republikaner vor, einen Haushaltsüberschuß in ein gigantisches Defizit verwandelt und das Wohlergehen der Bürger vernachlässigt zu haben. Reiche seien mit Steuererleichterungen bevorzugt, die Gesundheitskosten in die Höhe getrieben und hundertausende Arbeitsplätze verloren worden. Als konkrete Maßnahme versprach Kerry, für den Fall seiner Wahl zum Präsidenten, eine Anhebung der Mindestlöhne.

Bush konterte, indem er mehrfach auf die stattliche Anzahl von 1,9 Millionen neuen Jobs innerhalb der vergangenen dreizehn Monate verwies und Amerika, im internationalen Vergleich mit einem prognostizierten Wirtschaftswachstum von vier Prozent, in diesem Jahr führend sei. Auch die Bildungskampagne „No child left behind“, sei eine Investition in die Zukunft Amerikas. Bessere Bildungschancen und Weiterbildungsmöglichkeiten, die seine Administration geschaffen habe, seien –nach den Worten von Bush- maßgeblich für ein wirtschaftlich stabiles und gesundes Amerika.

In die Debatte mischten sich auch private Töne, die vor allem den amtierenden Präsidenten –entgegen der weitverbreiten Vorurteile gegen ihn- geradezu

„menscheln“ ließen: „Ich liebe es, starke Frauen um mich zu haben“, sagte Bush auf die Frage des Moderators, was ihm seine Frau und seine beiden Töchter geben würden. Bush erinnerte sich außerdem, es sei Liebe auf den ersten Blick gewesen, als er seine Ehefrau Laura zum ersten Mal begegnet sei. Laura und seine beiden Töchter hätten ihm seither vor allem beigebracht „zuzuhören, gerade zu stehen und nicht grimmig zu schauen“. Kerry seinerseits sagte, Bush und er seien „Beispiele für glückliche Leute, die nach oben geheiratet haben“, und fügte selbstironisch hinzu: „Und manche würden vielleicht sagen, ich mehr als andere“. Kerry ist bekanntlich mit der Witwe des Ketchup-Millionärs John Heinz verheiratet. Der Demokrat erzählte außerdem von seiner Mutter, die er vor deren Tod im Krankenhaus besucht habe und die ihm einen Leitspruch mit auf den Weg gegeben habe: „Denke immer daran, Aufrichtigkeit, Aufrichtigkeit, Aufrichtigkeit“.

Die Bedeutung der Religion, die in Amerika eine weitaus gewichtige Rolle spielt als in Europa und vielfach von ausländischen Beobachtern bei der Beurteilung der Verfaßtheit der amerikanischen Gesellschaft außer acht gelassen wird, wurde ebenfalls in der Debatte angesprochen. „Ich bete viel, ich bete für Weisheit, für die Sicherheit unserer Soldaten, die sich in Gefahr befinden, ich bete für meine Töchter“, sagte Bush unter anderem. Sein Glaube vermittele ihm die „innere Ruhe in den Stürmen meiner Präsidentschaft“. Auch Kerry gab zu, die Religion gebe ihm Kraft bei seinen Entscheidungen.

Der Irak und der Krieg gegen den Terrorismus spielten in der dritten Debatte, im Gegensatz zu den vorausgegangenen Diskussionsrunden, nur eine untergeordnete Rolle. Beide Seiten wiederholten dabei ihre bekannten Argumente. Bush warf Kerry in dessen Irak-Kurs Wankelmütigkeit vor, Kerry lastete dem Präsidenten an, überstürzt und ohne Konzept in den Krieg gezogen zu sein. Zum Abschluß bat Kerry die Bevölkerung, ihm das Privileg zu geben, „die Nation führen zu dürfen“. Bush warb um „Ihr Vertrauen für weitere vier Jahre“.

Für Präsident Bush und Senator Kerry hat sich in der Nacht des 13. Oktober die letzte Gelgenheit geboten, bei einem landesweiten Publikum einen starken Eindruck zu hinterlassen, der möglichst bis zum Wahltag anhalten soll. Besonders für den Amtsinhaber Bush war es nach dem Meinungseinbruch im Anschluß an die erste Fernsehdebatte wichtig, seine unbestrittene Stärke als Wahlkämpfer auch in die direkte rhetorische Auseinandersetzung mit seinem Gegner zu übertragen. Ob dieses gelungen ist, bleibt offen. Die Vielfalt der von den Medien zitierten Meinungsumfragen trägt eher zu noch größerer Verwirrung bei, getreu dem amerikanischen Motto „Es gibt für jeden und jedes passable Umfragedaten“...

Bei Bush waren zwei wesentliche Argumentationslinien zu erkennen, mit denen er seinen Herausforderer angreifen wollte. Immer wieder versuchte er, Kerry mit dessen unterschiedlichem Abstimmungsverhalten in langen Jahren im Senat zu konfrontieren, welches angeblich mit den jetzigen Aussagen des Senators in

krassem Gegensatz stehe. Doch auch Kerry hatte seine Daten parat und konkretere in einigen Fällen geschickt. Weniger als von den Strategen im Vorfeld erhofft, gelang es Bush, seinen Gegner als „weit links von der Mitte“ hinzustellen. Dabei begab sich der Demokrat durchaus klassenkämpferisch, indem er immer wieder Bushs Steuererleichterungen für die Reichen anprangerte, während die unteren Schichten weit weniger Geld zur Verfügung hätten, als vor der Präsidentschaft von Bush.

In der Debatte ging es auch um so kontroverse Themen wie Homo-Ehe und Abtreibung. Während Bush sich erneut klar gegen Abtreibung bekannte, sagte Kerry, dieses sei „eine Wahl zwischen einer Frau, Gott und ihrem Arzt“. Beide Kandidaten betonten, daß die Institution Ehe auf die Gemeinschaft zwischen Mann und Frau beschränkt bleiben sollte. Der Demokrat wandte sich aber erneut gegen das von Bush ins Spiel gebrachte Verfassungsverbot der Homo-Ehe. Die Zuständigkeit dafür solle bei den Bundesstaaten verbleiben, sagte Kerry.

10 Prozent der Wählerschaft noch unentschieden Wahlentscheidung in den „Battle-Ground-States“

Eine Umfrage von ABC News ergab, daß 10 Prozent der Wähler sich noch für keinen Kandidaten entschieden haben. Sechs Prozent gaben an, es gebe noch die Möglichkeit, daß sie ihre Meinung änderten. Noch nie war die Gesellschaft Amerikas so stark polarisiert wie zur Zeit. Von daher werden Nuancen den Wahlausgang entscheidend beeinflussen können: In welche Richtung tendieren die noch unentschiedenen Wähler, stimmen sie in Zeiten des Anti-Terror-Krieges eher für den amtierenden Präsidenten oder eher für eine neue Führung im Weißen Haus? Welche Rolle spielt die seit dem Sommer vergangenen Jahres zur größten Minderheit avancierte hispanische Gesellschaftsgruppierung? Traditionell katholisch und wertorientiert und dem amerikanischen Self-made-Image nacheifernd, spielt diese Gruppe eine gewichtige Rolle in der Zielgruppenansprache der Republikaner – insbesondere in Florida.

Passiert in den Tagen vor der Wahl noch etwas Entscheidendes im Irak oder gelingt eine Positivmeldung für die Regierung im Antiterrorkampf? Alles Fragen, die für das berühmte Zünglein an der Waage, für Sieg oder Niederlage ausschlaggebend sein können. Eindeutig klar ist, daß die Wahl in wenigen Bundesstaaten entschieden werden wird, einige Wahlanalysten sprechen von neun hart umkämpften, sogenannten „Battle Ground States“, andere gar nur von deren drei: Florida, Ohio und Pennsylvania. Wer hier zum Schluß die Nase vorn hat, ist der „neue“ oder „alte“ Mann im Weißen Haus. Nicht auszudenken, jedoch nicht unwahrscheinlich, ist ein Szenario wie bei den letzten Präsidentschaftswahlen: Das Ergebnis ist derart knapp und umstritten, daß wieder eine Gerichtsentscheidung herhalten muß. Amerika wäre nicht Amerika, wenn nicht auch für diesen Fall der Fälle bereits alle Vorkehrungen getroffen worden seien und gewichtige Anwaltsmaschinerien sowohl bei Demokraten als auch bei den Republikanern mobilisiert sind.

Die Minderheiten in Amerika entdecken ihr Wählerpotential neu, African Americans und ihr Verhältnis zur Demokratischen Partei, die Native Americans und ihr aufkommendes Wählerbewußtsein von Franz-Josef Reuter u. Matthias Sachs

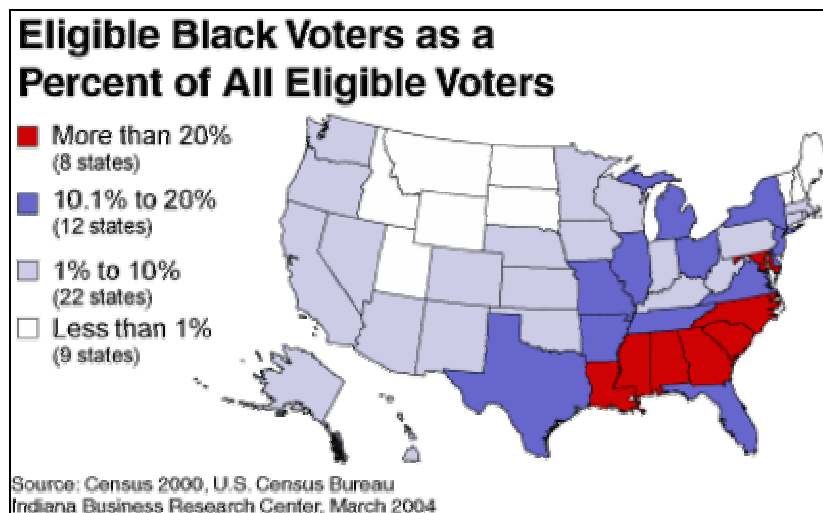
Den amerikanischen Minderheiten wird bei der Wahl am 2. November 2004 mit grosser Wahrscheinlichkeit eine bedeutende Rolle zukommen. Sollte das Ergebnis ähnlich knapp ausfallen wie vor vier Jahren, könnten die Stimmen von Minderheiten -wie den African Americans und den Native Americans- ausschlaggebend sein.

Die Rolle der grössten Minderheit in den USA, der Latinos, ist schon Gegenstand einer Analyse in der Januar-Ausgabe der *Politischen Berichterstattung* der Aussenstelle gewesen, zu finden unter:

www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_3753_2.pdf

Die African American Voters – sichere Stimmen für die Demokraten?

Die Stimmen grosser Teile der afro-amerikanischen Minderheit waren der Demokratischen Partei über Jahrzehnte so sicher, dass sie dieser Wählergruppe häufig wenig Aufmerksamkeit während der Wahlkämpfe zukommen ließen. Im Jahr 2000 stimmten 90 % der afro-amerikanischen Wähler für den demokratischen Kandidaten Al Gore, lediglich 9 % wählten George W. Bush. Laut einer aktuellen Umfrage des amerikanischen Fernsehsenders CBS favorisieren unter registrierten Wählern der afro-amerikanischen Minderheit immer noch 79 % den demokratischen Kandidaten John Kerry ,im Gegensatz zu lediglich 10 %, welche den amtierenden Präsidenten George Bush wählen wollen.



Wenn jedoch nach den Bemühungen der jeweiligen Partei gefragt wird, afro-amerikanische Wähler aktiv zu überzeugen, verschieben sich die Prioritäten. Zwar bescheinigen nur 32 % der befragten registrierten Wähler den Republikanern, dass sie sich aktiv um afro-amerikanische Stimmen bemühen, wobei im Gegenzug 64 % davon ausgehen, dass die Republikanische Partei Wähler ihrer Minderheit ignoriert. Es fällt jedoch auf, dass neben den 60 % der afro-amerikanischen Wähler, welche sich von den Demokraten angesprochen fühlen, immerhin 35 % dieser Wählergruppe der Überzeugung sind, daß die Demokratische Partei ihre Stimmen als garantiert ansehe, so daß um diese nicht mehr gekämpft werden müsse.

Die Parteien registrieren jedoch in zunehmenden Masse das Anliegen der Minderheiten, als wichtige Wähler ebenfalls umworben zu werden. Demokraten sowie auch Republikaner investieren im aktuellen Wahlkampf grosse Summen in Fernseh- und Radiospots, welche sich gezielt an die African Americans richten.

Viele Wähler der afro-amerikanischen Minderheit wollen sichergestellt sehen, dass, anders als beispielsweise vielerorts in Florida im Jahr 2000, ihre Stimmen in jedem Fall gezählt werden.

Ein sehr aktuelles Problem der Wähler der afro-amerikanischen Minderheit ist daher besonders in Florida zu erkennen, daß im ersten Schritt ihre Registrierung als Wähler anerkannt wird. Obwohl sich für die diesjährige Wahl bereits 21 % neue Mitglieder dieser Minderheit registrieren ließen, bedeutet dies nicht in jedem Fall, dass diese Personen auch tatsächlich wählen dürfen. Schon jetzt sind viele Registrierungen der afro-amerikanischen Wähler als ungültig deklariert worden, was lautstarke Proteste von Mitgliedern dieses Bevölkerungsanteils hervorrief. Bedeutende Zeitungen, wie die Washington Post, berichteten dazu auf ihrer Titelseite.

Einer grossen Anzahl von African Americans geht es bei dieser Wahl daher vor allem um die garantierte Ausübung ihres Wahlrechts und um Bedeutung ihrer Stimmen im Gesamtkontext.

Das neue Wählerbewusstsein der amerikanischen Ureinwohner

Diese Interessen haben die African Americans mit einer anderen Minderheit der USA, den Native Americans, gemeinsam. Doch für die Mehrheit der amerikanischen Ureinwohner ist zur Wahl zu gehen, etwas völlig Neues. Obwohl diese Minderheit seit 80 Jahren das Wahlrecht inne hat, sind viele -vor allem ältere Native Americans- nie zur Wahl gegangen.

Es ist nun ein Anliegen der jüngeren Generation, dies zu ändern, da besonders bei dieser Wahl die Stimmen der Ureinwohner sehr bedeutend werden könnten. So stellen beispielsweise die Bewohner von Reservaten in New Mexico und Minnesota, zwei ausgewiesenen Swing-States, einen nicht zu ignorierenden Teil der Bevölkerung dar. Bei der Bedeutung jeder einzelnen Stimme im engen Rennen um die Präsidentschaft sollten die Ureinwohner die Chance nutzen, verstärkt Beachtung von politischer Seite zu erhalten, so die Meinung vieler Native Americans.

Auch die Stimmen der Native Americans, soweit sie denn abgegeben wurden, sind in früheren Zeiten fast ausschliesslich den Demokraten zugute gekommen. Mit dem neu aufkommenden Wählerbewusstsein wird diese Gewohnheit ebenfalls in Frage gestellt. Die Native Americans wollen von beiden Parteien umworben werden, um somit mehr Aufmerksamkeit für ihre Anliegen zu erhalten.

Aber auch die amerikanischen Ureinwohner sind mit dem Problem konfrontiert, dass sie vielerorts erschwerte Bedingungen vorfinden, überhaupt als Wähler registriert zu werden. Sie leben zum grössten Teil in Reservaten, welche als Bundesgebiet gelten und damit den Bundesgesetzen direkt unterstehen. Dort ist eine Wählerregistrierung laut dem *Hatch-Act* dann verboten, wenn sie von einer Partei unterstützt wird. Vielfach wurde die Registrierung von Native Americans in ihren Reservaten mit dem Argument untersagt, dass diese nicht neutral sei, und somit gegen den *Hatch Act* verstoße. Besonders Demokratische Politiker beschwerten sich, gemeinsam mit Vertretern der Minderheit, über diese Umstände.

Hatch Act

Dieses Gesetz der US-amerikanischen Regierung verbietet es, dass Regierungsstellen Wahlkampf betreiben und dass in Gebieten, welche dem Bundesrecht unterstehen, wie zum Beispiel Reservaten der Ureinwohner oder Militärbasen, von dritter Seite aus Wahlkampf betrieben wird. Die Registrierung von Wählern durch eine einer Partei nahestehende Organisation kann hierbei als Wahlkampf gewertet werden.

Für eine genauere Definition und Diskussion des *Hatch Act* siehe folgende offizielle US-Regierungshomepage:

http://www.osc.gov/ha_fed.htm

Festzuhalten bleibt, daß es ein gemeinsames Problem der afro-amerikanischen Minderheit und der Native Americans gibt, ihre Stimmen zu mobilisieren und es anschließend garantiert zu sehen, daß ihre Stimmen tatsächlich gezählt werden.

* * *

Kongreßwahlen 2004: Republikaner dürften ihre knappe Mehrheit verteidigen können

von Franz-Josef Reuter u. Christian Schäfer

Die Wahlen zum amerikanischen Kongreß im November könnten knapper nicht erscheinen: Während die Republikaner im House nur über eine Mehrheit von 229 zu 206 Abgeordneten verfügen, sind im Senat lediglich 51 der 100 Sitze republikanisch. Dennoch halten viele Analysten einen Sieg der Demokraten für nahezu ausgeschlossen, da fast alle der wenigen umkämpften Wahlbezirke gewonnen werden müßten. Auch ein in den TV-Debatten erfolgreicher Präsidentschaftskandidat John Kerry scheint daran wenig ändern zu können.

Während sich die Aufmerksamkeit der Medien im Vorfeld und besonders am Tag der amerikanischen Wahlen am 2. November vor allem auf das Rennen zwischen Amtsinhaber George W. Bush und Herausforderer John Kerry konzentrieren wird, werden die Amerikaner sehr viel unbeachteter auch über hunderte Abgeordnete in beiden Häusern des amerikanischen Kongresses abstimmen.

Das Rennen könnte dabei knapper nicht sein, betrachtet man allein die Zahlen: Um die Mehrheit im Senat zu gewinnen, müßten die Demokraten im Senat lediglich zwei Sitze (oder einen Sitz und die Präsidentschaft), im House 12 Mandate hinzu gewinnen – immer vorausgesetzt, die eigenen Sitze können gehalten werden.

Noch im Sommer nach dem Parteitag in Boston hatten viele demokratische Spitzenpolitiker sich deshalb gute Chancen, besonders auf den Wiedergewinn der Mehrheit im Haus, ausgerechnet. Einhergehend mit dem Sinken der Umfragewerte im August und besonders nach dem republikanischen Parteitag Anfang September, schwanden diese Hoffnungen und dürften nun durch die gute Performance Kerrys bei den Fernsehdebatten wieder neu genährt werden, obwohl viele Analysten dem Optimismus der Parteistrategen von Beginn an kritisch gegenüberstanden.

Die Gründe dafür sind vor allem im amerikanischen Mehrheitswahlsystem zu sehen, dass den Wahlausgang oftmals als gut kalkulierbar und im Falle der Kongresswahl in diesem Herbst, angesichts der erschreckend wenigen unentschiedenen Wahlbezirke, als weitgehend sicher für die Republikaner erscheinen läßt.

Die Situation im House

Als besonders drastisch erscheint diese Entwicklung im Falle des Repräsentantenhauses: Während das *Congressional Quarterly* 29 der 435 Sitze

als umstritten auflistet, nennt der angesehene Kolumnist des American Journal, Charlie Cook, zwar 33 (siehe Karte). Als wirklich unentschiedene Wahlbezirke, in denen der Wahlausgang vollkommen offen ist, sieht Cook indes lediglich 13 an.

Obwohl also laut *Democracy Corps* nur 45% der Amerikaner in ihrem Wahlbezirk für den republikanischen Kandidaten stimmen würden, während sich 48% für den Demokraten entscheiden würden (siehe Tabelle), sagen CNN und andere, auf Grund der wenigen Bezirke mit offenem Ausgang, einen Sieg der Republikaner im House mit 226 zu 204 Sitzen voraus.

Die Widersprüchlichkeit dieser Zahlen erscheint verständlicher aus der Perspektive der Demokraten: Um die Mehrheit der insgesamt 435 Sitze zu gewinnen, müßten sie nicht nur ihre eigenen 17 umkämpften Sitze halten, sondern auch noch 12 dazugewinnen. Bei einer Zahl von 35 offenen Wahlbezirken – und dies ist schon die günstigste Annahme – dürfte ein demokratischer Sieg in 29 Bezirken also unwahrscheinlich sein. Hinzu kommt, daß durch eine Gebietsreform in Texas ein Sitz schon als definitiv verloren gilt, was die Zahl auf 30 erhöht.

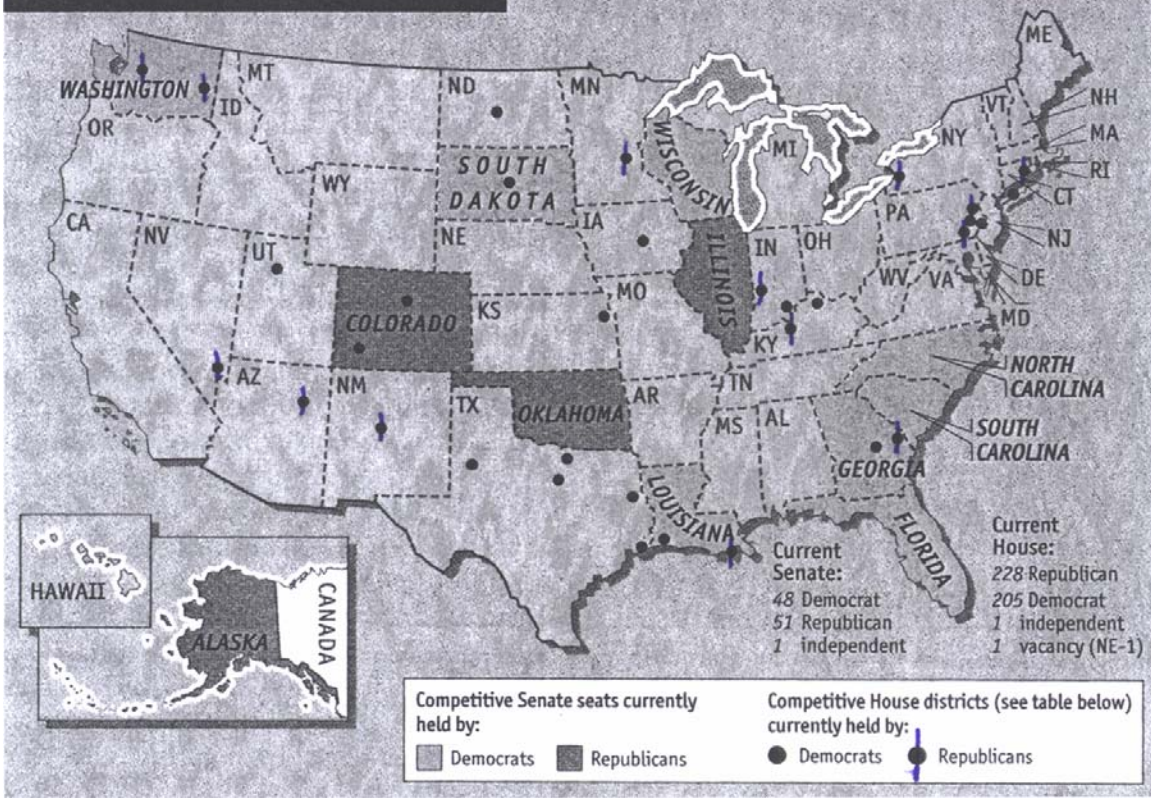
Die Situation im Senat

Auch im Senat täuscht der erste Eindruck der Zahlen: Obwohl die Republikaner nur über eine Mehrheit von 51 zu 49 verfügen, müßten die Demokraten von sechs der acht, von Charlie Cook als umstritten bewerteten Bezirke gewinnen, insofern John Kerry Präsident wird (und Vizepräsident Edwards nach der Verfassung die 101. Stimme im Falle eines Patts bekommt). Im Falle eines Wahlsiegs Bushs wären es sieben der acht, von denen fünf von Demokraten verteidigt werden müssen.

Aufschwung durch Kerry?

Auch die Hoffnung vieler Demokraten, dass mit dem Erfolg Kerrys bei den Debatten und den verbesserten Umfrageergebnissen für ihren Kandidaten auch wieder neuer Schwung in das Rennen um den Kongress kommen könnte, wird schließlich nicht von Analysten wie Celinda Lake von *Democracy Corps* geteilt: „Mehr als 65% der Amerikaner sagen, dass sie einen Abgeordneten wollen, der sich im Kongress primär für die Belange des Bezirks einsetzt und nicht für die Agenda des Präsidenten

United States



Weibliche Wähler spielen wieder Schlüsselrolle bei der Wahl: „Security Moms“ bereiten den Demokraten Sorgen

von Franz-Josef Reuter u. Christian Schäfer

Frauen stellen nicht nur 52 Prozent der wahlberechtigten U.S.-Bevölkerung. Ihre Wahlbeteiligung liegt höher als die der Männer und sie sind wesentlich parteiungebundener – das macht sie immer mehr zu einer strategischen Zielgruppe beider Parteien. Die traditionell starke demokratische Orientierung der Frauen scheint allerdings diesmal von der demographischen Gruppe der „Security Moms“ konterkariert zu werden, die nationale Sicherheit als politische Priorität ansehen.

Der Trend zeigte sich besonders deutlich bei den vergangenen Wahlen im Jahr 2000: Während nur 58% der Männer zur Wahl gingen, waren es 61% der Frauen, die ihre Stimme abgaben – ein kleiner, aber gewichtiger Unterschied, der die Stimmen der Frauen gerade bei einem knappen Wahlausgang entscheidend werden lassen kann. Ebenso der Anteil der Wechselwähler und parteiungebundenen Wähler, der im diesjährigen Präsidentschaftswahlkampf zu ca. 60 Prozent aus Frauen besteht. Obwohl die Prozentangaben über den Anteil der Wechselwähler und Unabhängigen in der Wahlbevölkerung zwischen 8 und 19 Prozent schwanken, kann es angesichts dieser demographischen Daten nicht verwundern, wenn sowohl Präsident Bush als auch sein Herausforderer John Kerry nicht nur im Endspurt des Wahlkampfes intensiv um die Wählergunst der Frauen werben.

“Gender Gap”

Von einem monolithischen Wahlverhalten unter Frauen kann ebenso wenig die Rede sein, wie von einem derartigen Verhalten unter Männern. Während die amerikanischen Frauen noch in den 60er Jahren eher zu den Republikanern tendierten, ist spätestens seit den 80er Jahren eine kontinuierliche Orientierung zu den Demokraten zu verzeichnen. Basierend auf einer Studie der National Organization of Women (NOW) zum Thema “Women Can Make a Difference” (1980) münzte die WASHINGTON POST damals den Begriff des “Gender Gap” für das unterschiedliche Wahlverhalten zwischen Männern und Frauen. Während sich der Gender Gap bereits in den 80iger Jahren in einem klaren Trend der Wählerinnen zugunsten der Demokratischen Partei niederschlug, gelang Bill Clinton 1992 der Sprung ins Weiße Haus durch das deutliche Votum der Frauenstimmen (46% aller Frauen gaben seinerzeit Clinton ihre Stimme gegenüber 38% für Bush, senior). Diesen Trend konnte Präsident Clinton bei seiner Wiederwahl 1996 noch verstärken. Das Forschungsinstitut Gallup sieht dabei den Gender Gap für die Demokraten seit Beginn der 80er Jahre insgesamt bei 4 bis 11 Prozent – eine beachtliche Steilvorlage für jeden demokratischen Kandidaten.

"Security moms"

Wenn die Amerikanerinnen am 2. November zur Wahl gehen, um den Präsidenten zu bestimmen, könnte sich der Gender Gap dieses Mal allerdings zu Ungunsten der Demokraten auswirken: Im Gegensatz zur Präsidentschaftswahl vor vier Jahren, als Al Gore sicher auf den Vorsprung bei den Frauen bauen konnte, scheinen sich mit den Anschlägen des 11. Septembers für viele Frauen ihre traditionellen, stärker mit der demokratischen Agenda zu vereinbarende, Prioritäten verschoben zu haben.

Lag Kerry noch im Juli und August mit zweitweise 14 Prozentpunkten Abstand bei der Gruppe der weiblichen Wähler in Führung, so sieht die neueste Umfrage des Magzins TIME Kerry mit einem Prozenzpunkt Vorsprung bei 44% zu 43% vor Bush.

Die Gründe dafür sind vor allem in der von den Demoskopern als „Security Moms“ bezeichneten Gruppe von Wählerinnen zu sehen: Viele Frauen unterstützen den „War on Terrorism“ auf dem selben Level wie Männer. Experten sind der Ansicht, daß viele Frauen nach dem 11. September den Einsatz von Militär mit dem Schutz ihrer Familien gleichsetzen. Unmittelbar nach den Anschlägen stieg die Zustimmung zu einer Erhöhung der Militärausgaben von 24 auf 48% an und Experten des Pew Research Centers for People and the Press gehen davon aus, daß sich dieser Trend bis heute gehalten habe. "Im Falle der National Security scheint der Gender Gap ausgesetzt, hier gibt es im Grunde keine Unterschiede zwischen Männern und Frauen.“ so Linda Divall von Pew.

Dabei existiert der Gender Gap zu Gunsten der Demokraten weiterhin bei klassischen demokratischen und Frauen-Themen wie Gesundheit, Familie und Bildung, erscheint aber schlicht von den enorm guten Werten Bushs beim Thema Sicherheit mehr als ausgeglichen zu werden:

"Bush versucht es durchaus auch mit den demokratisch-sozialen Themen, kann hier aber keinen Boden gegen Kerry machen, sagt Celinda Lake, demokratische Expertin. "Frauen geben ihm aber einen 23-prozentigen Vorsprung bei der Sicherheit und das ist es, was wirklich zählt.“

Für die Demokraten wird es damit auch in dieser Hinsicht von grosser Bedeutung sein, wie sehr sie die öffentliche Agenda weg von der Aussenpolitik und nationalen Sicherheit, hin zu ihren klassischen Themen führen können, wie Rico Sanchez von den Demokraten sagt „Wenn wir es nicht schaffen, die Frauen für unsere sozialen Themen zu begeistern, haben wir die Wahl quasi schon verloren.“